

Menschenkette der Solidarität mit Kobane



Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag unterstützte das Anliegen des Erfurter Kulturvereins Mesopotamien, der mit einer Mahnwache und einer Menschenkette vor Beginn der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags am 14. Oktober auf die dramatische Lage der Bevölkerung der kurdischen Stadt Kobanê in Nordsyrien aufmerksam gemacht hatte. In die Menschenkette hatten sich auch Abgeordnete und Mitarbeiter der Linksfraktion sowie der Grünen-Fraktion eingereiht.

Die Forderungen lauteten: Die anhaltenden Lieferungen mit Waffen, Munition und anderem Kriegsmitteln zur Unterstützung der unter dem Namen „Islamischer Staat“ auftretenden Terrorbanden müssten umgehend beendet werden. Unerlässlich ist der Druck auf die türkische Regierung, damit humanitäre Unterstützung geleistet werden kann. Dazu gehört sowohl die Einrichtung eines Hilfskorridors für die Menschen in der heftig umkämpften Stadt Kobanê als auch die Aufstockung der humanitären Hilfe für die hunderttausenden Flüchtlingen aus Rojava/Syrien und Irakisch-Kurdistan sowie die Bekämpfung des IS mit seinen Strukturen und Finanzquellen.

Für die LINKE sprach deren Abgeordneter und stellvertretender Landesvorsitzender Steffen Dittes, der betonte, dass endlich auch die EU und Deutschland ihre humanitäre Verantwortung wahrnehmen müssen. Es gelte, „einen Flächenbrand zu verhindern“, „die Selbstverteidigungskräfte der Kurden zu stärken“ und das dortige Projekt der demokratischen Selbstverwaltung zu unterstützen. Steffen Dittes versicherte, „seien Sie sich unserer Solidarität gewiss“ und er überreichte den kurdischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Menschenkette rote Rosen. Solidarität und Unterstützung betonte auch Madeleine Henfling von der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen. ■

„Wenn keine Einigung, dann Geschäftsordnung“

Zur konstituierenden Landtagssitzung Diskussion eines Antrag der Grünen

Zur konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags am 14. Oktober hatte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Landtags gestellt. Damit wollten sie erreichen, dass alle Fraktionen im Landtagspräsidium repräsentiert sind, neben den Grünen wäre das dann auch die Fraktion der AfD gewesen. Der Antrag wurde abgelehnt und im Sinne der geltenden Geschäftsordnung erhielten die drei stärksten Fraktionen (CDU, LINKE und SPD) je einen Präsidiumsplatz (siehe Bericht S.5).

Astrid Rothe-Beinlich hatte den Antrag der Grünen begründet und erklärt, dass man der Demokratie einen Bärendienst erweise, wenn man sie mit undemokratischen Vorgaben beschränke. Die Ablehnung der Fraktion DIE LINKE hatte deren Parlamentarischer Geschäftsführer André Blechschmidt begründet. Er sagte: „Eine Geschäftsordnung ist jener Rahmen, der nicht nur die organisatorischen Voraussetzungen für handlungsfähige Strukturen vorgibt, sondern ist auch jene Leitlinie im gegenseitigen Umgang miteinander. Sie gilt für alle.“

Der LINKE-Abgeordnete verwies auf den ehemaligen Direktor des Thüringer Landtages, Dr. Linck, der die Geschäftsordnung eines Parlaments als das Fundament bezeichnet hatte, „das einerseits die existenzielle Voraussetzung für die parlamentarische Arbeit darstellt und andererseits dabei das Mehrheitsprinzip stützt und die Minderheitenrechte besonders würdigt und hervorhebt. Sie – die Geschäftsordnung – gilt für alle und sollte bei Veränderungen von allen mitgetragen werden“.

Der Antrag wurde zur Steilvorlage für die AfD

Daher, so André Blechschmidt weiter, könne er „mit Fug und Recht sagen, dass in den zurückliegenden Tagen mit Blick auf diesen Rahmen, auf Wichtigkeit, Effizienz, Demokratie und auch Sparsamkeit, nach großer Gemeinsamkeit gesucht wurde“. Nicht zuletzt die Linksfraktion hatte entsprechende Vorschläge gemacht und die Abstimmung darüber gesucht, allerdings vergeblich. So bemühte der Parlamentarische Geschäftsführer in seiner Rede noch einmal Dr. Linck „in seiner mitunter verblüffenden Klarheit

und Deutlichkeit“, denn dieser hatte gesagt: „Wenn keine Einigung, dann eben Geschäftsordnung.“ Und diesem Gedanken schließe sich die Linksfraktion an und lehne den Antrag ab.

Im Übrigen hatte sich der Grüne-Antrag als eine Steilvorlage für die AfD erwiesen. Deren Fraktionsvorsitzender Björn Höcke nutzte sogleich die Gelegenheit zu seiner ersten Landtagsrede und machte mit populistischen Versatzstücken deutlich, was das Hohe Haus mit den Abgeordneten der Alternative für Deutschland erwartet.

So erklärte Höcke, sie seien eine Partei, „die nicht in Legislaturperioden denkt, sondern in Generationen“. Sie seien, und das kennt man ja schon von anderweitigen AfD-Proklamationen, „eine Partei des gesunden Menschenverstandes“. Und sie wollten sich dafür einsetzen, dass „nicht nur Wasser gepredigt wird, sondern auch Wasser getrunken wird“. Ja, und natürlich sind sie für „konstruktive Sachpolitik“, „ohne ideologische Grenzen“.

Die AfD lehnte den Antrag der Grünen ab, denn es müsse gespart werden. Und der Sparauftrag bedeute nicht ein Weniger an Demokratie. Es gehe vielmehr darum, „zu führen in Freiheit und Verantwortung“. ■

AfD-Fraktionsvorsitzender Anhänger der „Neuen Rechten“

„Nachdem Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD Thüringen, bereits Interviews in der extrem rechten Zeitung ‚Zuerst‘ sowie in der ‚Blauen Narzisse‘ gegeben hatte, folgt nun die nächste Offenbarung“, so Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Am 15. Oktober 2014 veröffentlichte die Zeitschrift „Sezession“ den ersten Teil eines Doppelinterviews mit Björn Höcke (Titel: „Björn Höcke, Stefan Scheil und die AfD“). „Sezession“ gehört zum „Institut für Staatspolitik“ (IfS), einer Organisation, die der intellektuellen „Neuen Rechten“ zuzuordnen ist – eine Strömung innerhalb der extrem-rechten Szene, die vor allem auf Ideologievermittlung setzt. An den Veranstaltungen des IfS nahmen u.a. auch Neonazis teil. „Erstaunlich ist, dass sowohl die Herausgeber als auch Björn Höcke selbst zugeben, schon länger miteinander zusammenzuarbeiten, was darauf hinweist, dass Höcke selbst Anhänger bzw. Teil der ‚Neuen Rechten‘ ist“, sagte Katharina König. In dem Interview sprechen die Herausgeber der „Sezession“ im Netz von einer „persönlichen Ebene“, man kenne Höcke und den zweiten Interview-Partner aus dem „Verlauf unserer langjährigen Verlagsarbeit, im Wandervogel, beim Militär oder auf einer der mittlerweile zahllosen Veranstaltungen des Insti-

tuts für Staatspolitik (IfS)“. „Interessant vor diesem Hintergrund ist zu erfahren, seit wann Björn Höcke dem Spektrum der ‚Neuen Rechten‘ angehört und inwieweit er deren Ideologie auch in seiner Zeit als Gymnasiallehrer vertrat“, erklärte Katharina König.

Die Abgeordnete betonte abschließend: „Hysterische Panikmache vor Flüchtlingen, Hetze gegen Moscheen, die (rechtliche) Verteidigung des ehe-

maligen NPD-Landesvorsitzenden Thomas Dienel, der die Verbrennung von ‚Negern‘ und ‚Fidschis‘ billigte, Hakenkreuze auf Facebook, die Vertretung des Konzepts des Ethnopluralismus, Interviews in extrem rechten Zeitungen...Die Handlungen diverser Abgeordneter der AfD Thüringen offenbaren ihr wahres, dem rechtspopulistischen Spektrum zuzuordnendes Gesicht.“ ■

Bei der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags, dem jetzt auch die Alternative für Deutschland (AfD) mit elf Abgeordneten angehört, haben die jungen, neu in den Landtag eingezogenen Parlamentarier der LINKEN Kati Grund und Christian Schaff mit (un-erlaubten) nonverbalen Zeichen protestiert: „Kein Platz für Rechtspopulismus und Nationalismus.“ Die Alterspräsidentin Elke Holzappel sagte zwar, „Ich verstehe Ihr Anliegen. Das verstehen wir sicher alle, aber“, so an die Abgeordnete Kati Grund gerichtet, „ich bitte sie, einfach ein neutrales T-Shirt über-



zuziehen“. Nachdem unter dem Kapuzenpullover mit den weißen Buchstaben „FCK AfD“ (Fuck AfD) ein T-Shirt mit der Aufschrift „FCK NZS“ (Fuck Nazis) erschien, brachte ihr die Landtagsverwaltung ein weißes T-Shirt, mit dem sie dann ihre erste Landtagssitzung - korrekt gekleidet - absolvierte.